Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft 9. Wahlperiode: 1975-79

(7.9.1976) Drucksache 9/137

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT **Drucksache 9 / 137 S**
Stadtbürgerschaft 07. 09. 76
9. Wahlperiode

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 10

Der Petitionsausschuß hat am 7. September 1976 die nachstehend aufgeführten fünfzehn Eingaben abschließend beraten. **Der Ausschuß bittet, die Stadtbürgerschaft möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.**

Klein
(Vorsitzender)

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären:

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/13	Beschwerde über die Nutzung von zu Wohnzwecken nicht genehmigten Bodenräumen	Der Wohnungseigentümerin wurde ein Nutzungsverbot erteilt. Der dagegen eingelegte Widerspruch wurde durch rechtsbeständigen Bescheid zurückgewiesen.
S 9/37	Antrag auf Zuschüsse zu den Kosten für die Beseitigung von Sturmflutschäden	Nach den Beschlüssen der Deputation für Sport und der Finanzdeputation ist ein Zuschuß beim Nachweis der Kosten bis zu DM 48 750,— vorgesehen. Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der restlichen Unterlagen und der Durchführung der technischen Prüfung.
S 9/66	Aufhebung einer Abrißverfügung	Dem Begehren wurde durch rechtskräftiges Urteil des Verwaltungsgerichts Bremen entsprochen.
S 9/70	Bau von Regen- und Schmutzwasserkanälen	Der von den Petenten begehrte Bau von Regen- und Schmutzwasserkanälen ist im Rahmen des Kanalbaustufenprogramms für das Jahr 1977 eingeplant.
S 9/78	Änderung der Altersgrenze zum Bezug verbilligter Fahrausweise der Bremer Straßenbahn AG für einen besonderen Personenkreis mit einem bestimmten Einkommen	Dem Begehren wurde entsprochen.
S 9/79	Antrag auf vorzeitige Einbürgerung	Die Einbürgerungsbehörde wird unter Anrechnung des ca. 15 Jahre zurückliegenden Inlandsaufenthaltes des Petenten bereits im Jahre 1977 ein Einbürgerungsverfahren einleiten.
S 9/90	Beschwerde gegen die Streichung eines Aufwendungszuschusses	Der Aufwendungszuschuß ist rückwirkend ab 1. Juni 1976 weiterbewilligt worden.
S 9/91	Entschädigung für durch Straßenverkehr verursachte Schäden an einem Wohnhaus	Über das Begehren kann nur entschieden werden, wenn der Petent den Nachweis erbringt, daß die Schäden an seinem Wohnhaus durch den Verkehr auf der Straße verursacht worden sind. Wenn die Schadensverursachung durch

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
		den Straßenverkehr feststeht, hat der Geschädigte einen Entschädigungsanspruch aus dem Gesichtspunkt des enteignungsgleichen Eingriffs. Aufgrund der bisherigen Rechtsprechung gilt dies jedoch nur für Beschädigungen des Eigentums. Selbst für wesentliche Beeinträchtigungen durch den gesteigerten Straßenverkehrslärm können die Anlieger von alters her angelegten Straßen mit Durchgangsverkehr keinen Geldanspruch geltend machen.
S 9/96	Hilfe bei der Klärung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse und Namensführung einer Aussiedlerfamilie	Das Begehren ist zwischenzeitlich im Sinne der Eingabe geregelt worden bzw. wird gegenwärtig geregelt.
S 9/98	Beschwerde über eine Behinderung durch Straßenbauarbeiten	Die vorgenommenen Arbeiten stehen kurz vor dem Abschluß, so daß die Verkehrsführung in Kürze wieder normal verlaufen wird.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären, da sie nicht abhilfefähig sind:

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/72	Antrag auf Entfernung eines Astes	Die angestrebte Entfernung eines Astes kann nicht den von der Petentin erhofften Erfolg bringen. Es wäre vielmehr die Entfernung eines ganzen Stammes erforderlich, wodurch jedoch das Gesamtbild der Baumgruppe zerstört würde. Das öffentliche Interesse an der Erhaltung der Baumgruppe überwiegt das Interesse der Petentin.
S 9/83	Beschwerde gegen die Anpflanzung von Bäumen auf oder unmittelbar neben einer Grundstücksgrenze	Die Beschwerde betrifft ein nachbarschaftliches Rechtsverhältnis, auf das der Petitionsausschuß keinen Einfluß nehmen kann.
S 9/94	Antrag auf Einbürgerung	Eine Einbürgerung kann gegenwärtig noch nicht erfolgen, da die grundlegenden Voraussetzungen dafür nicht erfüllt sind.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben als unbegründet zurückzuweisen:

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/73	Beschwerde über Mängel in einer Eigentumswohnung	Die Eigentumswohnung der Petentin ist durch den Senator für Gesundheit und Umweltschutz, den Senator für das Bauwesen, den Senator für Arbeit, das Gewerbeaufsichtsamt, das Bauordnungsamt sowie den TÜV überprüft worden. Das Ergebnis aller Überprüfungen war, daß die Wohnung der Petentin nicht mit Mängeln behaftet ist, die eine Benutzung ohne Mißstände ausschließen, oder die sogar Gesundheit und Leben der Petentin gefährden.
S 9/92	Beschwerde gegen einen Wohngeldbescheid	Die von den zuständigen Stellen vorgenommene und überprüfte Wohngeldberechnung ist nicht zu beanstanden.

Druck: Bremer Nachrichten GmbH